



Lokales

28. Juli 2026 | Seite 11

🕒 5 min.

Kläranlage prägt den Haushalt 2026

Bürgermeister Daniel Kleinheinz erläutert die langfristige und komplexe Finanzstrategie – Was sonst noch an Kosten anfällt

Von Sebastian Schmitt

Wildflecken Die finanzielle Zukunft des Marktes Wildflecken wird in den kommenden Monaten maßgeblich von einem Projekt bestimmt: dem Neubau der Kläranlage Oberbach und der umfassenden Neuordnung der gesamten Abwasserbeseitigung. In der jüngsten Sitzung des Marktgemeinderates unter der Leitung von Bürgermeister Daniel Kleinheinz nahm dieses Vorhaben einen breiten Raum ein.

Bereits zu Beginn machte Kleinheinz deutlich, dass die Gemeinde vor einer der größten finanziellen Herausforderungen ihrer Geschichte stehe. Die kommenden Jahre seien geprägt von außergewöhnlich hohen Investitionen in die kommunale Infrastruktur. Den mit Abstand größten investiven Bereich bildet im Haushaltsjahr 2026 die Abwasserbeseitigung. Neben dem Neubau der Kläranlage stehen zahlreiche weitere Kanalbaumaßnahmen auf dem Programm.

Berücksichtigt sind unter anderem Arbeiten in der Schlesierstraße, der Rabensteinstraße, dem Gartenweg sowie im Bereich der Karl-Neiße-Straße und Horst-Heinrich-Straße. Hinzu kommen der Regenwasserkanal im Birkenweg sowie der Kanalbau im Oberen Kapellenweg. Zusammengefasst stellen diese Maßnahmen den größten Investitionsschwerpunkt des gesamten Haushaltes dar.

Das Bauherrenmodell

Den Mittelpunkt bildet jedoch der Neubau der Kläranlage Oberbach einschließlich der vollständigen Neuordnung der Abwasserbeseitigung im gesamten Markt Wildflecken. Dazu gehören neben der eigentlichen Kläranlage unter anderem neue Pumpwerke, Druckleitungen, Abwasserleitungen sowie Regenrückhaltebecken. Das gesamte Finanzierungsvolumen wird derzeit auf rund 12,5 bis 15 Millionen Euro geschätzt.

Eine Besonderheit ist dabei die gewählte Finanzierung. Anders als bei klassischen kommunalen Bauprojekten erfolgt diese nicht unmittelbar über den gemeindlichen Haushalt. Stattdessen wird das Vorhaben über das sogenannte Bauherrenmodell mit BayernGrund als Projektsteuerer abgewickelt. Der entsprechende Geschäftsbesorgungsvertrag wurde bereits im Winter 2024 abgeschlossen. Seit 2025 wird die Finanzierung transparent dargestellt. Dabei wird bereits heute aufgezeigt, welche Belastungen nach Ablauf der Vertragslaufzeit von 48 Monaten auf den gemeindlichen Haushalt zukommen werden. Nach derzeitiger Planung endet die Vertragsbindung voraussichtlich im September 2029 beziehungsweise im Frühjahr 2030.

Aus Sicht der Verwaltung bietet dieses Modell erhebliche finanzielle Vorteile gegenüber einer klassischen Kreditaufnahme durch die Gemeinde. Das Bauherrenmodell arbeitet mit einer Art Kontokorrentkredit. Dadurch fallen Zinsen ausschließlich für tatsächlich in Anspruch genommene Mittel an. Gleichzeitig können jederzeit Sondertilgungen vorgenommen werden. Dadurch lässt sich die Zinsbelastung deutlich reduzieren. Ein weiterer Vorteil besteht darin, dass die vorgesehenen Verbesserungsbeiträge unmittelbar zur Verringerung des Kreditvolumens eingesetzt werden können. Die Verwaltung machte deutlich, dass genau dieses Finanzierungsmodell langfristig erhebliche Zinskosten einsparen könne.

Ein zentrales Thema der Sitzung war die Finanzierung über Verbesserungsbeiträge. Nach den bisherigen Berechnungen sollen rund zehn Millionen Euro der Gesamtkosten über Verbesserungsbeiträge finanziert werden. Diese Einnahmen werden bereits ab dem Haushaltsjahr 2026 eingeplant. Vorgesehen sind Einnahmen in Höhe von zwei Millionen Euro in diesem Jahr, weiteren zwei Millionen Euro im Jahr 2027, 2,5 Millionen Euro im Jahr 2028, 1,5 Millionen Euro im Jahr 2029 sowie zwei Millionen Euro im Jahr 2030 im Rahmen der Schlussabrechnung.

Eine Restschuld bleibt

Die Verwaltung plant, jeweils zum Jahresende Sondertilgungen in Höhe der tatsächlich eingegangenen Verbesserungsbeiträge vorzunehmen. Dadurch soll das Kreditvolumen kontinuierlich reduziert werden. Nach Ablauf der Vertragslaufzeit des Bauherrenmodells werde trotz dieser Tilgungen voraussichtlich noch eine Restschuld zwischen vier und fünf Millionen Euro verbleiben. Diese müsse anschließend in den gemeindlichen Haushalt übernommen werden. Da gleichzeitig vorhandene Rücklagen bereits für weitere Infrastrukturmaßnahmen benötigt würden, werde nach Fertigstellung der Kläranlage ein zusätzlicher Kredit von mindestens vier Millionen Euro notwendig sein.

Für den Herbst 2026 – voraussichtlich im Oktober – ist eine Bürgerinformationsveranstaltung vorgesehen.

Die Investition soll möglichst vollständig über Verbesserungsbeiträge finanziert werden. Dadurch könne verhindert werden, dass die Kosten über Jahrzehnte hinweg die Abwassergebühren belasten.

Ein weiterer Grund für diese Empfehlung liegt darin, dass bereits wenige Jahre nach Fertigstellung erste Ersatzinvestitionen notwendig werden. Insbesondere EDV-Anlagen sowie Mess-, Regel- und Steuertechnik müssten erfahrungsgemäß bereits nach acht bis zehn Jahren teilweise erneuert werden. Diese Ausgaben würden später erneut Auswir-

kungen auf die Gebühren haben. Gleichzeitig machte Kleinheinz deutlich, dass dennoch ab 2027 mit spürbaren Gebührenerhöhungen im Bereich der Abwasserentsorgung gerechnet werden müsse. Diese seien jedoch ausdrücklich nicht auf den Kläranlagenbau zurückzuführen. Vielmehr hätten vor allem die stark gestiegenen Energiekosten sowie höhere Personalkosten erheblichen Einfluss auf die Gebührenentwicklung. Zwar entlaste die derzeitige Zwischenfinanzierung den Haushalt während der Bauphase erheblich. Tatsächlich werde die finanzielle Verpflichtung jedoch lediglich in die Zukunft verschoben. Aus diesem Grund sieht die Verwaltung spätestens vor Abschluss der Kläranlagenmaßnahme die Notwendigkeit einer langfristigen Finanzierungs- und Gebührenplanung mindestens bis zum Jahr 2035.

Immobilien verkaufen

Auch der kommunale Immobilienbestand stand auf der Tagesordnung. Für das Haushaltsjahr 2026 ist der Verkauf der kommunalen Gewerbehalle in Oberwildflecken vorgesehen. Darüber hinaus will die Gemeinde weiterhin ihre kommunalen Wohnhäuser schrittweise veräußern beziehungsweise privatisieren, denn für Sanierungen fehle das Geld.

Zum Abschluss erläuterte Kleinheinz die angespannte finanzielle Gesamtlage. Um bis zu 2,98 Millionen Euro könnte die Rücklage der Gemeinde in diesem Jahr schrumpfen, so dass zum Jahresende nur noch 600.000 Euro auf der hohen Kante zurückbleiben. Eine Ursache hierfür seien die deutlich rückläufigen Schlüsselzuweisungen des Freistaates Bayern. Gleichzeitig bleibe die Kreisumlage mit rund 2,2 Millionen Euro auf einem hohen Niveau. Gegenüber dem Vorjahr steigt die Belastung nochmals um rund 168.000 Euro. Somit reichen die Einnahmen nicht mehr aus, um laufenden Ausgaben vollständig zu decken. Deshalb werde auch in den kommenden Jahren eine Unterstützung des Verwaltungshaushalts aus dem Vermögenshaushalt notwendig sein.